

# Von Nürnberg über Rom nach Den Haag

## Vorwort

Die Mühlen der internationalen Straffjustiz beginnen erfolgreich zu mahlen. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat am 14. März 2012 den kongolesischen Rebellenführer Thomas Lubanga wegen des Kriegsverbrechens des Einsatzes von Kindersoldaten im Bürgerkrieg im Ostkongo schuldig gesprochen und am 10. Juli 2012 auf eine Freiheitsstrafe von 14 Jahren erkannt. Schon mit seinem ersten Urteil hat der IStGH ein deutliches Zeichen gesetzt: Niemand kann mehr davon ausgehen, dass Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen als schwerste Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren, ungesühnt bleiben. Kurze Zeit nach dem Lubanga-Urteil, am 30. Mai 2012, wurde der ehemalige Präsident der Republik Liberia, Charles Taylor, vom Sondergerichtshof für Sierra Leone wegen Kriegsverbrechen zu 50 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Beide Urteile machen deutlich, dass sich das Völkerstrafrecht zu einem wichtigen und effizienten Instrument der Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf Völkerrechtsverbrechen entwickelt.

Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung war der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des Nationalsozialismus. Die vorangegangenen Bemühungen, Völkerrechtsverbrechen – wie etwa die Kriegsverbrechen des ersten Weltkriegs – gerichtlich aufarbeiten zu lassen, waren weitgehend erfolglos geblieben. Durch die Urteile des Internationalen Militärgerichtshofs der Alliierten vom 30. September und 1. Oktober 1946 wurden dann erstmals Personen der Führungsebene wegen Völkerrechtsverbrechen verurteilt. Das Statut des Nürnberger Strafgerichtshofs stellte zum ersten Mal klar, dass aufgrund des Völkerrechts Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren, nicht länger strafflos bleiben. Man hatte erkannt, dass in erster Linie die politisch Verantwortlichen und die militärischen Führer zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Anschließend hat zwar der „Kalte Krieg“ die weitere Entwicklung des Völkerstrafrechts längere Zeit verzögert, aber aufhalten konnte er sie letztlich nicht.

Denn bereits kurz nach dessen Ende wurde durch die Annahme des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs auf der diplomatischen Konferenz der Vereinten Nationen am 17. Juli 1998 in Rom ein ständiger internationaler Strafgerichtshof geschaffen. Damit war ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des

Völkerstrafrechts erreicht. Vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse und Gräueltaten im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda ermöglicht es der Strafgerichtshof in Den Haag, die Völkerrechtsverbrechen des Römischen Statuts auch dann zu verfolgen und zu bestrafen, wenn ein Vertragsstaat nicht in der Lage oder nicht willens ist, das Strafverfahren ernstlich zu betreiben oder gänzlich untätig bleibt. Darüber hinaus wurden erstmals die Tatbestände des Völkerstrafrechts kodifiziert und allgemeine Prinzipien des Völkerstrafrechts niedergelegt. Inzwischen ist es der internationalen Gemeinschaft auf der Revisionskonferenz in Kampala/Uganda im Juni 2010 sogar gelungen, sich auf eine gemeinsame Definition des Verbrechens der Aggression sowie die Art und Weise der Ausübung der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs im Hinblick auf dieses Verbrechen zu einigen. Diese Einigung kann durchaus als kleines Wunder bezeichnet werden. Umso mehr muss weiterhin versucht werden, die Staaten, die dem Römischen Statut bislang noch nicht beigetreten sind, für die Idee des Strafgerichtshofes zu gewinnen.

Das Bundesministerium der Justiz hat die Entwicklung des Völkerstrafrechts aktiv begleitet und seine Umsetzung in das nationale Recht als innerhalb der Bundesregierung federführendes Ressort maßgeblich mitgestaltet. Im Oktober 1999 hat es eine Expertengruppe gegründet, der Fachleute aus dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium der Justiz sowie Wissenschaftler der Fachgebiete Völkerrecht und Strafrecht angehörten. Diese Expertengruppe hat einen Entwurf erarbeitet, auf den das deutsche Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) in weiten Teilen zurückgeht. Das VStGB genießt im Ausland eine hohe Anerkennung und ist inzwischen sogar in alle sechs UN-Sprachen übersetzt worden. Auch in Zukunft wird die Fortentwicklung des Völkerstrafrechts bzw. des Völkerstrafgesetzbuchs auf der Agenda des Bundesministeriums der Justiz stehen – nicht zuletzt deshalb, weil zu klären ist, ob und wie der Tatbestand der Aggression in die nationale Rechtsordnung zu implementieren ist. Dies erfordert – wie schon bei der Umsetzung des Römischen Statuts – die Beantwortung grundlegender politischer Fragen.

Bei einer rechtlich so komplexen Materie wie dem Völkerstrafrecht, die neben straf- und völkerrechtlichen auch verfassungsrechtliche Aspekte aufweist, ist eine wissenschaftliche Durchdringung unverzichtbar. Dies ist insbesondere deshalb von großer Bedeutung, da auf Erfahrungen aus der Praxis noch wenig zurückgegriffen werden kann. Es ist daher besonders erfreulich, dass das Völkerstrafrecht inzwischen fester Bestandteil von Forschung und Lehre an verschiedenen Fakultäten ist, was den wissenschaftlichen Diskurs fortlaufend bereichert. Der vorliegende Sammelband „Völkerstrafrechtspolitik – Zehn Jahre Praxis des Völkerstrafrechts in Deutschland“ liefert hierzu einen weiteren wichtigen Beitrag und es ist mir eine besondere Freude, den Band mit diesem Vorwort zu eröffnen.

Den Herausgebern, Herrn Prof. Dr. Christoph Safferling und Herrn Dr. Stefan Kirsch, sowie den Autoren der Beiträge möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihr Engagement und ihre Leidenschaft für das Völkerstrafrecht danken. Ich freue mich darauf, mich auch in Zukunft über Fragen des Völkerstrafrechts mit Ihnen auszutauschen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB  
Bundesministerin der Justiz

Völkerstrafrechtspolitik

Praxis des Völkerstrafrechts

Safferling, C.; Kirsch, S. (Hrsg.)

2014, XXIX, 470 S. 1 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-642-28933-0